

Beschluss des 64. Bundeskongresses der Europa-Union
vom 13.11.2021

Die Zukunft wartet nicht. Zeit für einen europäischen Bundesstaat!

Die Frage der zukünftigen Ausrichtung der Europäischen Union ist seit vielen Jahren unbeantwortet. Vor allem die Regierungen der Mitgliedstaaten lähmen den Entwicklungsprozess. Da sie in zentralen politischen Themen keine einheitliche Linie finden, ist die EU auf vielen Feldern handlungsunfähig.

Angesichts der existenziellen Herausforderungen, vor denen die Europäische Union und ihre Mitglieder stehen, ist gemeinsames europäisches Handeln überlebenswichtig. Das gilt nicht nur für die EU und ihre Institutionen, sondern auch für die Mitgliedstaaten selbst. Es ist höchste Zeit, das europäische Einigungsprojekt zukunftssicher zu machen.

Die überparteiliche Europa-Union Deutschland fordert den neuen Bundestag und die nächste Bundesregierung auf, mehr Verantwortung für die Gestaltung von Europas Zukunft zu übernehmen. Deutschland als größte europäische Volkswirtschaft und bevölkerungsreichstes Land der EU muss seiner Führungsrolle, gemeinsam mit Frankreich, gerecht werden.

Kurzfristig bedeutet dies:

1. Die Bundesregierung braucht eine effektive Koordinierung und Steuerung der Europapolitik, am sinnvollsten durch eine starke Stelle, welche mit ausreichenden Mitteln und Kompetenzen ausgestattet ist.
2. Alle Möglichkeiten der bestehenden Verträge für ein handlungsfähiges Europa müssen ausgeschöpft werden. Die Bundesregierung soll sich daher für den vollständigen Übergang zu Mehrheitsentscheidungen einsetzen. Darüber hinaus ist endlich mehr Transparenz für Ratsentscheidungen zu schaffen. Den Bürgerinnen und Bürgern muss klar ersichtlich sein, wie das Abstimmungsverhalten der einzelnen nationalen Regierungen ist.
3. Es ist unabdingbar, dass die verspätet begonnene Konferenz zur Zukunft Europas ausreichend Zeit mit einem fest definierten Ende erhält. In der bisher vorgesehenen Kürze der Zeit können weder tiefgreifende Debatten noch qualifizierte Ergebnisse erzielt werden. Die inhaltliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger muss substantiell und ergebnisoffen sein. Sie darf nicht zur Farce werden. Ob die Konferenz bereits nach einem Jahr endet oder, wie ursprünglich vorgesehen, nach zwei Jahren: wir

fordern einen verbindlichen Umgang mit den Ergebnissen der Konferenz. Dies muss im Wege eines Konvents geschehen.

4. Sollten aufgrund fehlender Einigkeit bei den Mitgliedstaaten Fortschritte im Rahmen des Lissabon-Vertrags nicht möglich sein oder gar ein Konvent im Anschluss an die Konferenz zur Zukunft Europas verhindert werden, hat die Bundesregierung die Aufgabe, mit verantwortungsbereiten Partnern im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit wichtige europäische Initiativen durchzusetzen.
5. Die Bundesregierung muss sich dafür engagieren, dass die Europawahl 2024 mit einem gestärkten Spitzenkandidatenprinzip und einem einheitlichen europäischen Wahlrecht durchgeführt wird. Die Voraussetzungen müssen geschaffen werden, dass die Wählerinnen und Wähler zusätzlich zu den nationalen Listen über eine transnationale Liste abstimmen können.
6. Die Einhaltung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bei allen Mitgliedern der Europäischen Union ist unverzichtbar. Sofern die essenziellen europäischen Werte gravierend verletzt werden, müssen Sanktionsmaßnahmen nicht nur angedroht, sondern durch die Europäische Kommission als Hüterin der EU-Verträge durchgesetzt werden.